

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morisplan, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 26. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morisplan, Nr. 11753-54.

Grodno in polnischer Hand.

Paris, 25. August. Der „Matin“ erfährt aus Warschau, daß Abteilungen der zweiten polnischen Garbedivision Grodno eingenommen haben.

Warschau, 26. August. (ZL) Amtlicher polnischer Heeresbericht vom 25. August. Nordfront: Abteilungen unserer 4. und 5. Armee fangen im weiteren Verlauf ihrer Säuberungsaktion die Sowjettruppen ab, die den Anstoß an ihre Truppenteile verloren haben und in den Wäldern umherirren. Ein Teil der feindlichen Truppen geht mit sämtlichem Material über die deutsche Grenze. Das bolschewistische Komitee in Soldau, das nach Deutschland geflohen war, wurde unserer Truppen wieder ausgeliefert und vor ein Kriegsgericht gestellt. — Mittlere Front: In den Kämpfen südlich von Ostrowka wurden von unserer 8. Infanteriedivision weitere 600 Gefangene gemacht. Abteilungen des 60. Infanterieregiments haben am westlichen Ufer der Bija Gefangene gemacht und 25 Raschmützete erbeutet. Am 24. d. M. gegen 5 Uhr nachts wurde Ostrowka besetzt. An der übrigen Front örtliche Kämpfe. Rawno südlich von Opalin wurde eingenommen. — Südfront: Im Raum von Mosty-Bielitz zerstreute unsere Kavallerie die 72. Sowjetbrigade, wobei der Stab dieser Brigade gefangen genommen wurde. Westlich von Lemberg wurde Jadowice und Przemyśl besetzt. Südlich davon örtliche Gefechte. — Die Armee des Generals Pawlowski nimmt Stellungen längs des Dniestr ein.

Rußland gibt nach.

Rotterdam, 26. August. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge hat Tschitscherin einen Funkspruch an Kamenew gesandt mit der Bitte, ihn der englischen Regierung mitzuteilen. Es wird darin der Friedenswille der Sowjetregierung zum Ausdruck gebracht und die Bereitwilligkeit Rußlands erklärt, an der Bedingung, daß in Polen eine Miliz von Arbeitern aufgestellt werden müsse, nicht festzuhalten. Dadurch sei vollkommene Übereinstimmung mit England und Italien betreffs aller Bedingungen für den Frieden mit Polen erreicht worden.

Paris, 26. August. Wie der „Matin“ erfahren haben will, soll Ministerpräsident Millerand der Regierung in Warschau zu verstehen gegeben haben, daß es notwendig sei, den Russen mögliche Friedensbedingungen zu stellen, damit der Friede in Mitteleuropa rasch wiederhergestellt werde.

London, 26. August. Die „Times“ erfahren, daß der Verzicht, wonach Kamenew und Krassin ihre Pässe verlangt hätten,

unrichtig sei. Wie verlautet, erwarten beide Sowjetdelegierten, daß spätestens bis morgen eine befriedigende Antwort auf die Note Balfours eintreffen werde.

Verlegung der Friedensverhandlungen?

Wien, 26. August. (ZL) Infolge der mangelhaften Verständigung mit Warschau hat die polnische Delegation an Stelle von Wlask Warschau, Bialystok oder Bialowicz als Verhandlungsort vorgeschlagen.

Warschau, 26. August. (ZL) Aus dem Ministerium des Äußeren wird gemeldet: Die Siege der polnischen Armee haben an dem Willen der polnischen Regierung, einen gerechten Frieden abzuschließen, nichts geändert. Ein dauernder, gerechter und ehrenvoller Frieden war das Ziel der polnischen Regierung auch in der Zeit der größten Gefahr, die dem Lande von seiten der Sowjetarmee drohte. Wie die Friedensdelegation damals nach Wlask gesandt wurde, um einen Waffenstillstand abzuschließen und in Friedenspräliminarien einzutreten, so bemüht sie sich auch weiterhin um die Erreichung ihres Zieles. Die geänderte militärische Lage läßt weder auf den Friedenswillen der polnischen Regierung, noch auf die von der polnischen Regierung anzunehmenden Bedingungen einen Einfluß aus. Polen führt keinen Krieg gegen das russische Volk und geht auch nicht auf Vändertum aus, erstrebt vielmehr das freundschaftliche Zusammengehen mit dem russischen Volke und hält eine solche Freundschaft für die Grundlage eines dauernden Friedens in Ost-Europa. Alle diese Bemühungen müssen so lange erfolglos bleiben, als die Verbindung der Warschauer Regierung mit der Delegation in Wlask so erschwert bleibt wie bisher. Nur eine regelmäßige und gesicherte Verständigungsmöglichkeit mit den polnischen Unterhändlern kann ein günstiges Verhandlungsergebnis gewährleisten.

Litauens Haltung.

London, 26. August. Aus Kowno wird der „Times“ gemeldet, daß litauische Truppen Wilna besetzt haben. Die litauische Regierung habe Warschau davon benachrichtigt, daß dies aus militärischen Gründen notwendig war, um zu verhindern, daß Wilna in polnische Hände fiel. Tschitscherin beabsichtigt, Agelrod als Sowjetvertreter nach Kowno zu senden.

Die Danziger Frage.

Warschau, 26. August. (ZL) Der Hohe Kommissar von Danzig hat seine Zustimmung zur Lösung der Munition gegeben, die sich am Bord der „Gueymon“ befindet. Die Arbeiten werden heute ihren Anfang nehmen.

Generaldirektor Radlik von der Charlottenstraße in Bydgoszcz, der von einer polnischen Bande überfallen und schwer mißhandelt worden war, ist seinen Verletzungen erlegen. Seine Frau liegt ebenfalls schwer verletzt darnieder.

Gleiwitz, 26. August. (ZL) Die polnischen Banden haben die nähere Umgebung von Gleiwitz besetzt. Die öffentliche Gewalt in den Gemeinden und Dörfern reißt sie an sich. In Zaband versuchten am Mittwoch die Polen das Gut des Grafen Wellesch zu stürmen. Die herbeigerufenen Sicherheitspolizei aus Gleiwitz schlug den Angriff ab. In Gleiwitz selbst ist es ruhig. Man rüstet sich zum Widerstand gegen bevorstehende Überfälle. Der „Oberschlesische Wanderer“ erscheint heute mittag wieder zum erstenmal.

Ein französisches Urteil.

Oppeln, 25. August. Das interalliierte Gericht verurteilte gestern in Abwesenheit den Reichstagsabgeordneten und verantwortlichen Schriftleiter des sozialdemokratischen Parteiorgans für Oberschlesien Karl Olszky zu 2000 M. Geldstrafe und erließ den Befehl zur zwangsweisen Vorführung (Verhaftung). Olszky soll sich durch einen Artikel, der sich mit der Verfügung der interalliierten Kommission über die Kohlenreserve befaßt, der Aufregung und der Verleitung über den Beamten zum Ungehorsam schuldig gemacht haben. Olszky hatte bereits vor einiger Zeit der interalliierten Kommission in einem Schreiben unter Berufung auf seine Immunität als Mitglied des Reichstags mitgeteilt, daß er der Ladung an Gerichtsstelle nicht Folge leisten würde. Das interalliierte Gericht vertrat heute den Standpunkt, daß auf Grund des Verbots der interalliierten Kommission, betreffend die Teilnahme an den Reichstags- und Landtagsverhandlungen, die Mandate der ober-schlesischen Volksvertreter tatsächlich als ersloschen anzusehen seien und die Berufung Olszkys damit hinfällig sei. Das Gericht nahm aber von der Verhängung einer Gefängnisstrafe, wie sie seitens des Anklagevertreters beantragt worden war, Abstand.

Angehaltener Waffentransport.

Schwiebus, 26. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf dem hiesigen Bahnhof wurden 28 Kisten mit mehreren hundert Flugtaschinen beschlagnahmt, von denen man annimmt, daß sie von der ehemaligen deutschen Kriegsindustrie nach Polen verschoben werden sollten.

Positiver Verfassungsschutz.

Daß Verfassungsfragen nicht so sehr Rechts- als Machtfragen sind, sollte mindestens seit Ferdinand Lassalle jedem Deutschen geläufig sein. Die bisher herrschenden Klassen haben denn auch dieser Auffassung ganz instinktiv Ausdruck gegeben, indem sie die früheren verfassungsrechtlichen Bestimmungen nach ihrem Interesse kneteten und auslegten. Nun ist die Weimarer Verfassung in demokratischer Hinsicht ganz zweifellos eine der besten Schöpfungen unter den Staatsgrundgesetzen der Welt. Aber was hilft die schönste Verfassung, wenn sie auf dem Papiere stehen bleibt, und keine Macht vorhanden ist, sie in jedem Augenblicke zur Geltung zu bringen? Daß selbst die Willen und die Energie einzelner tatkräftiger Männer nicht in der Lage sind, allein die Durchführung der Gesetze zu sichern, hat ja die Zeit der Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung in Deutschland bewiesen. Und selbst ein Roske mußte es erleben, daß durch die zum Schutz der Verfassung und der Republik bestimmten Militärkräfte mehr als einmal nicht nur der Versuch unternommen worden ist, Regierungsanordnungen zu durchkreuzen und ins Gegenteil zu verkehren.

Als dann die Rapp-Lage beinahe den Zusammenbruch des ganzen republikanischen Gebäudes zu bringen schien, hat die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft sich zum ersten Male zum positiven Verfassungsschutz vereinigt. Das Bürgerium, dem es seinen eigenen Angaben nach nicht gleichgültig war, ob der Bürgerkrieg in Deutschland entfesselt würde oder nicht, ließ sich zunächst diese proletarische Hilfeleistung für seine eigene Sicherheit herzlich gerne gefallen. Als aber die Gefahr in der Hauptsache vorüber war, da ertönten sofort die Unruhrufe von der „gewerkschaftlichen Nebenregierung“, von der „Diktatur Regien“, und in eingehenden Gutachten wurde „nachgewiesen“, daß die Weimarer Verfassung keine solche Nebenregierung kennt. Es waren besonders die demokratischen Blätter, die sich auf diese Rechtsstiftungen einließen, ganz wie ihre seligen Vorgänger von der Fortschrittspartei, über die Lassalle in der preußischen Konfliktzeit von 1863 so herabhaft zu spotten wußte. Ganz ähnliche Rechtsbedenken und Befürwörungen tauchen jetzt wieder in der Presse auf, da die Gewerkschaften, insbesondere diejenigen aus dem Transportgewerbe, in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien es unternehmen, die Neutralität Deutschlands im Ostkrieg durch Kontrolle der Waffentransporte zu stören. Demokratische und reaktionäre Blätter sind sich ganz einig in der Auffassung, daß diese Einmischung der Arbeiterchaft in die Einrichtungen der Staatsgewalt eine Verletzung der Verfassung und eine Nebenregierung schlimmster Art darstelle. Daß nun die Regierung unter Vorbehalt des Reichsansehens gar selbst mit den Vertretern der Arbeiter über diese Dinge verhandelt hat und gewisse Zugeständnisse machte, wird ihr zur schlimmsten Sünde angerechnet.

Nun ist es zweifellos ganz richtig, daß in einem geordneten und in sich gefestigten Staatswesen es weder notwendig noch wünschenswert ist, daß das Transportwesen durch Kontrolle der Arbeiter oder Angestellten in den einzelnen Orten gestört wird, sofern die Wahrung des Volkswillens sonst gesichert erscheint. Aber niemand kann bestreiten, daß die junge deutsche Republik heute immerhin noch weit entfernt ist von jener inneren Festigung, die eine solche aktive Mitwirkung der Arbeiterorganisationen entbehrlich erscheinen ließe. Gerade weil man die Erfahrung machen mußte, daß die offiziellen Regierungsabhandlungen von Geheimbänden durchkreuzt wurden, die sich aus Offizieren und ihnen geistig und sozial verwandten Kreisen zusammensetzten, gerade deshalb ist es notwendig, daß die Trägerin der deutschen Republik, die deutsche Arbeiterklasse ihre Machtmittel anwendet, um die Republik und ihre Verfassung zu schützen.

Die deutsche Regierung hat im tosenden Ostkrieg die Neutralität erklärt und befindet sich damit im Einklang mit dem ganzen deutschen Volke. Wir haben auch keinen Grund zu der Annahme, daß es der Regierung mit dieser Neutralitätserklärung nicht ernst sei. Schon das Lebensinteresse Deutschlands zwingt dazu, aus den Kriegswirren fernzubleiben. Aber es ist ebenso richtig, daß es unmöglich ist, wenn auch keine Arieis nicht, die, sei es aus politischem Fanatismus, sei es aus geschäftlichen Interessen heraus, es nicht unternehmen würden, wenn Deutschland in den Krieg hineingerissen würde. Von den verböhnten Moskowschwärmern im kommunistischen Lager ganz abgesehen, gibt es sicher militärische und andere nationalbolschewistische Elemente, denen es nicht darauf ankommt, durch irgendeine „Schiedung“ ihr politisches Glück zu forrieren. Vor diesen politischen Salarternen das deutsche Volk zu schützen, ist die Aufgabe der Arbeiterchaft, die ein Interesse am Friedenszustand hat. Und wenn sie eintritt, daß die neutrale Regierung nicht die Machtmittel hat, jede solcher Mißfortreibungen zu verhindern, so ist es die Pflicht der Arbeiterchaft, dieser Regierung ihre Kraft und Erfahrung zur Hilfe zu bringen. Das und nichts anderes haben die Gewerkschaften und die

Deutschland und Oberschlesien.

Breslau, 26. August. Im Oberpräsidium wurde heute in Gegenwart des Braunschweiger Ministers des Innern Severing, des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern Bewald und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes die Lage in Oberschlesien eingehend besprochen. Gehört wurden insbesondere die verschiedenen Vertreter der freien und christlichen Gewerkschaften aus Oberschlesien.

Minister Severing legte in Übereinstimmung mit den Vertretern der Reichsregierung, der anwesenden schlesischen Behörden und des Vertreters des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln dar, daß vor irgendeiner gewaltsamen Aktion der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien nicht dringend genug zu warnen sei. Dem hier und dort aufstrebenden Verlangen der ober-schlesischen Bevölkerung nach Bewaffnung könne von seiten der Regierung unter keinen Umständen entsprochen werden. Die Regierung würde sich auch weiterhin streng an den Friedensvertrag von Versailles halten und mit größtem Nachdruck die Wiederherstellung der geschlichen Zustände in Oberschlesien durch die Entente fordern. Der Minister sagte ferner zu, daß der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien und zumal den Angehörigen der ermordeten Beamten der Sicherheitspolizei, sowie den Flüchtlingen für den ihnen durch den polnischen Zustand erwachsenen Schaden die weitgehendste Hilfe seitens der Regierung zuteil werden würde. Es wurde in der Besprechung Übereinstimmung dahin erzielt, daß die durch die Polen bedrohte Freiheit der Abwanderung in Oberschlesien mit allen Mitteln des Rechts wieder hergestellt werden muß.

Das Aufstandsgebiet.

Beuthen, 26. August. (ZL) Der Kreis Lublinitz war gestern zum größten Teil besetzt. Auch ein Teil des Kreises Althausen befindet sich in den Händen der Polen. Die Nachrichten über die Gewalttätigkeiten häufen sich. Die Sicherheitspolizei und zwar der Teil der Beamten, der nicht aus Oberschlesien stammt, wird aus Kattowitz, Tarnowitz und Lublinitz nach dem Lager Lamsdorf abtransportiert. Die deutschen und polnischen Gewerkschaften haben sich gestern geeinigt, zum Teil über den Kopf der Führer hinweg, und beschloßen, den Streik heute abzubrechen. Die Gruben schienen aber dem Abbruch nicht Folge leisten zu wollen.

Anzeigenspreis:

Die achtspaltige Komparatabelle kostet 1.- M. Leierungsschlag 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 1.- M. (gültig für zwei typographische Zeilen), jedes weitere Wort 60 Pf. Stellengelände und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leierungsschlag 50%. Familien-Anzeigen für Nonnen und alle 2.- M. politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.- M. die Zeile ohne Ausschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptredaktionssaal, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gelddruck von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

sozialistischen Parteien getan, als sie die Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte mit übernehmen und die Vereinzelung und an den verschiedensten Orten vorgenommenen Kontrollen in ein geordnetes System zu bringen suchten, das vom Vertrauen der beteiligten Arbeiter getragen ist. Es ist nicht weiter als eine Ironie der Weltgeschichte, daß diejenigen am lautesten über diese Behinderung der Schieber geteilt und geirren, die sonst ihren ganzen Zorn ausschütten über die „Schieberrepublik“, die alle Bande der Ordnung aufgibt.

Die deutsche Sozialdemokratie ist an den Abmachungen beteiligt, die die Gewerkschaften mit der Regierung getroffen haben. Sie kennt den Ernst der Lage und weiß, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter offene Augen und klaren Verstand haben. Sie weiß auch, daß in solchen gespannten Verhältnissen nichts gefährlicher ist, als eine überhöhte Nervosität. Es liegt ihr deshalb daran, die notwendige Kontrolle zur Sicherung der Neutralität in geordneter Weise stattfinden zu lassen und möglichst zu verhindern, daß sie sich in lauter Einzelaktionen auflöse. Sie hat deswegen ihre organisatorischen Erfahrungen bei den Verhandlungen zur Geltung gebracht, um die Kontrollen durch örtliche Kontrollkommissionen gewissermaßen unter die Leitung einer zentralen Kommission zu bringen.

Aber die Sozialdemokratie ist sich auch bewußt, daß eine allzu übereifrige Betätigung der Kontrolle zu ungewollten Konflikten führen kann. Wenn z. B. die auf Grund des Friedensvertrages zum Transport bestimmten Militärgüter der Entente in Deutschland wiederholt angehalten werden, kann das von der Entente zum Vorwand genommen werden, die beliebigen Repressalien anzuwenden, und von diesen Dingen haben wir sicher gerade genug erlebt. Deswegen müssen sich die beteiligten Arbeiter bei aller Aufmerksamkeit doch jeden Augenblick klar darüber sein, daß sie eine große Verantwortung vor dem ganzen Volke und vor ihrer eigenen Klasse haben. Ihre Aufmerksamkeit darf nicht in Nervosität ausarten. Und wenn von unabhängigen Postbeamten neuerdings sogar die Überwachung der Postpakete gefordert wird, um Munitionsendungen auf diesem Wege zu verhindern, so scheint uns diese Forderung schon als eine der Erscheinungen, die wir mit dem eben Gesagten treffen wollen. Aufmerksamkeit ist auch hier am Platze, aber es ist kaum anzunehmen, daß größere Munitionstransporte, wie sie für Kriegsführende in Frage kommen, auf dem Wege der Fernpost befördert werden.

Wenn die Sozialdemokratie die Kontrolle der Militärtransporte unterstützt und in ihrer Weise zu beeinflussen sucht, so tut sie das in dem Bewußtsein, der deutschen demokratischen Republik, die sie mit geschaffen hat, eine Hilfe und eine Stütze zu bieten. Es geht nicht um die Verfassung dieser Republik zu brechen und an Stelle geordneter demokratischer Einrichtungen die Vorherrschaft einzelner Berufsgruppen zu setzen. Deswegen sind alle Redereien der mehr oder weniger reaktionären Presse über Verfassungsbruch, Nebenregierung und Arbeiterdiktatur eben nichts weiter als Redereien. Die Sozialdemokratie will die Demokratie, und zum Sozialismus zu gelangen. Sie wird alle Mittel verwenden, um die Demokratie zu stärken gegen jene reaktionären Kräfte, die beweisen haben, daß sie vor nichts zurückschrecken, um ihrerseits die Republik und die demokratische Verfassung zu stürzen.

Rebellen.

Unter der Überschrift „*Artistische Rebellen*“ widmet das demokratische „*Berliner Tageblatt*“ dem Verhalten der „*Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Organisationen Brandenburg*“ in der Entwaffnungsfrage folgende Zeilen:

„Nach dem Entwaffnungsgebot dürfen Waffen nur die Reichswehr und die dem Schutze der Bevölkerung dienenden Beamten tragen. Kann jemand im Ernste glauben, daß 150 000 Bewaffnete in

Brandenburg und Ostmark mit dem Diktat von Spa vereinbar sind? Das Vorgehen der märkischen Führer, die sich durch drohende Westen ein Ausnahmerecht vom Gesetz verschaffen wollen, stützt uns also in die größten außenpolitischen Gefahren, und in ebenso große innenpolitische wegen des bösen Beispiels, das sie geben. Wir können nicht glauben, daß die Mitglieder der Organisationen diesem verderblichen Auf ihrer Führer folgen und damit den Gegensatz zwischen Stadt und Land, diese von und oft hervorgehobene nationale Gefahr, vergrößern helfen. Sie mögen daran denken, daß auch der Fünftel der Deutschen für das Entwaffnungsgebot gestimmt haben, und Dr. Köstler, der ebenfalls dem Gesetz zugestimmt hat, möge seine Berufsgenossen, die märkischen Landwirte, an die Worte aus dem größten märkischen Drama erinnern: „Ich will, daß dem Gesetz Gehorsam sei.“

Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Zu dem Protest der Arbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Organisationen Brandenburg gegen die Auslösung des Selbstschutzes wird der „*Post*“ noch mitgeteilt:

Der Oberpräsident von Brandenburg hat bei der persönlichen Besprechung gestern dem Grafen Kalkreuth erklärt: Der Minister des Innern lehne eine Abänderung seiner Verfügung betreffend Auflösung der märkischen Selbstschutzorganisationen ab.

Graf Kalkreuth behielt sich im Namen der von ihm vertretenen landwirtschaftlichen Organisationen alle Schritte vor, um ihr angetastetes Koalitionsrecht zu wahren.

Despotie Moskau.

Moskau übernimmt die Last des Befehlens.

Nach den Aufnahmebedingungen veröffentlicht die „*Freiheit*“ nunmehr die Statuten der dritten Internationale. Sie entsprechen in Geist und Inhalt durchaus den Aufnahmebedingungen, so daß sich ein genaueres Eingehen erübrigt. Von Interesse ist nur die förmliche Formel, mit der Moskau die Diktatur über die gesamte dritte Internationale für sich in Anspruch nimmt. § 8 der Statuten lautet:

Die Hauptarbeit des Exekutivkomitees ruht auf der Partei des Landes, wo auf Verlangen des Weltkongresses das Exekutivkomitee seinen Sitz hat (d. i. natürlich Moskau, Red.). Die Partei des betreffenden Landes entsendet fünf ihrer Vertreter in das Exekutivkomitee mit beschließender Stimme. Außerdem entsenden die zehn bedeutendsten kommunistischen Parteien, deren Liste von dem ordentlichen Weltkongress bestätigt wird, je einen Vertreter mit beschließender Stimme in das Exekutivkomitee. Den anderen, in die kommunistische Internationale aufgenommenen Organisationen und Parteien steht das Recht zu, je einen Vertreter mit beratender Stimme in das Exekutivkomitee zu delegieren.

Das Exekutivkomitee ist, worauf wir schon am Mittwoch hinwiesen, mit despotischen Machtbefugnissen ausgestattet. Es ist die Stelle, von der alle Befehle und Weisungen ausgehen und der schrankenloser Gehorsam in allen Ländern bei Strafe des sofortigen Ausschlusses zu leisten ist. Der Weltkongress, der alle Jahre oder alle paar Jahre einmal tagt, verschwindet naturgemäß hinter dieser permanenten Exekutivbehörde. Nur erklärt sich Moskau freundlich bereit, die „*Last*“ und „*Hauptarbeit*“ des Exekutivkomitees auf sich zu nehmen. Schon die römischen Cäsaren hatten die Gepflogenheit, bei ihrem Regierungsantritt Tränen zu vergießen über das schwere Amt, das auf ihre Schultern gefallen sei. Nachher regierten sie desto gründlicher und willkürlicher darauf los.

Zweierlei Bedingungen?

Die Veröffentlichung der Moskauer Bedingungen für die Aufnahme der U. S. A. in der Dritten Internationale durch die „*Freiheit*“ wirft eine besonders eigentümliche Frage auf, deren Beantwortung wir von der „*Humanität*“ erwarten: Seit ihrer Rückkehr nach Paris betreiben die beiden französischen Abgeordneten Cachin und Frossard eine lebhaft

Agitation für den Anschluß an die dritte Internationale. Sie haben allerdings bisher die Bedingungen dieser Aufnahme nicht mitgeteilt, aber aus ihren mündlichen und schriftlichen Ausführungen konnte man bisher nichts entnehmen, was auch nur annähernd an die drakonischen Säuberungsbeispiele erinnert, die wir durch die „*Freiheit*“ kennen gelernt haben. Namentlich ist von einem Ausschluss von Gueys bisher nicht die Rede gewesen und die Propaganda für den Anschluß wird nicht zuletzt in dem „*Populaire*“ betrieben, dessen Chefredakteur Longuet selber ist. Nach uns zugegangenen Informationen sollen sogar Cachin und Frossard bei ihrer Rückkehr aus Moskau versichert haben, daß die Bolschewiki keinerlei Maßregelungen und Ausschließungen verlangen und den um Aufnahme ersuchenden Parteien volle freie Hand lassen.

Wir stehen also vor dem Dilemma:

Entweder gibt es zweierlei Bedingungen, die von Moskau gestellt werden, die einen, sehr milde und verständlich, für die Franzosen, die anderen, sehr scharf und demütigend, für die Deutschen. Gegen diese Möglichkeit spricht allerdings der Umstand, daß der Name Longuet irgendwo auf der von der „*Freiheit*“ veröffentlichten Proskriptionsliste steht.

Oder haben Cachin und Frossard ihren Genossen bisher die Wahrheit vorenthalten. Und gegen diese Hypothese spricht allerdings der Umstand, daß dies seitens der beiden Franzosen eine Verfidie sondergleichen wäre, deren wir sie nicht für fähig halten. Denn sie entsafte beide seit dem ersten Tage ihrer Rückkehr eine großzügige Agitation in Wort und Schrift für den Anschluß. Das würde also bedeuten, daß sie ihre Partei durch diese Agitation für den Anschluß bearbeiten wollen, um erst, wenn diese Bearbeitung genügend weit vorgeschritten ist, die Bedingungen aus ihrer Rocktasche zu holen und die Pistole auf die Brust der Schwankenden legend, den sonst ganz unendbaren Ausschluss Longuets und seiner Freunde durchzudrücken. Aber, wie gesagt, das wäre ein so ungeheuerliches Vorgehen, das wir weder Cachin noch Frossard, trotz ihres mehrwöchigen Aufenthalts in der sonderbaren geistigen Atmosphäre des bolschewistischen Zentrums, seiner für fähig halten.

Die Frage ist nun hiermit deutlich aufgeworfen: Ja oder so muß eine Antwort erfolgen!

Böswillig oder dumm?

In unserer gestrigen Notiz: „*Der rasende Sowarine*“, will die „*Noten Jahne*“ eine Denunziation an die französischen Behörden erlösen. Das kann sie sich auch ohne weiteres gegenüber ihren kritischen Lesern leisten, die den „*Vorwärts*“ mit der Zeit eines jeden Verbrechens für fähig halten müssen. In Wirklichkeit wird es in Frankreich seit jeder Willkür geübt, daß politische Häftlinge sich aus dem Gefängnis journalistisch befreien. Nur der Form halber, um den Gefängnisdirektor gegenüber dem Vorkommen des Reglements zu beschuldigen, werden sie ersucht, ein — meist sehr durchsichtiges — Pseudonym zu wählen. Daß „*Sowarine*“ Sowarine ist, weiß in Frankreich jedes Kind und die zuständigen französischen Behörden, die in mancher Beziehung wohl nicht so heilich sind wie altpreußische oder russisch-bolschewistische Beamte, haben es wohl am allerersten gewußt. Seit der Verhaftung Sowarines sind mindestens 50 Artikel inkredibler Tendenz, gezeichnet „*Sowarine*“, in der „*Humanität*“ erschienen. Es bedarf also der ganzen Böswilligkeit — oder Dummheit — der „*Noten Jahne*“, um in unserer Notiz eine Denunziation oder gar die Absicht einer Denunziation zu erblicken.

Befehden. In einem Artikel über die Vermaltungsstellen des Reiches spricht die „*Kreuzzeitung*“ von den allerdings bescheidenen Aufwendungen für den Reichspräsidenten. In den unbedachten Augenblicken wird die Reichspresse sogar erblich. Was hat sonst die deutliche Agitation nicht über Erbschaft angeblieben „*Kreuz*“ zu zernern gewußt. 25 Millionen hat sie ihm vor den Reichstagswahlen in die Tasche gelassen. Aber wir sind sicher, daß sobald ein deutlicher Agitation Reichspräsident wäre, die „*Kreuzzeitung*“ die bisherigen Aufwendungen sogar für zu bescheiden erklären würde.

Eine Strindberg-Philosophie.

Von Hellmuth Fallensfeld.

Nachdem sich Strindberg den unbestrittenen Dichterruhm in Deutschland erworben hat, beginnt man jetzt schon die Diskussion über den dichterischen Wert der Strindbergischen Werke durch die Erörterung der philosophischen Grundlage seiner Kunst zu erlegen. Ein erstes Zeichen dieser Strindberg schon ganz geistesgeschichtlich betrachtenden Epoche ist die Strindbergphilosophie, die Arthur Liebert als Band V der Sammlung *Colloquia* (Berlin 1920) herausgegeben hat. August Strindberg, seine Weltanschauung und seine Kunst.)

In diesem Buch werden bezeichnenderweise zwei Fragen nicht gestellt: nämlich nicht die Frage nach dem Pathologischen und die Frage nach dem Kunstwert der Strindbergischen Erzeugnisse. Die beiden Fragen hängen gerade bei Strindberg aufs innigste zusammen; je mehr man nämlich Strindbergs Werke als reine Kunstwerke ansieht, desto weniger wird man sie als Ausdruck einer biopathologischen Haltung der Welt gegenüber betrachten. Und umgekehrt wird man um so weniger sie als Kunstwerke ansehen können, je mehr sie uns unfreiwillige Dokumente eines pathologischen Gemütes scheinen. Liebert nun wehrt sich dagegen, Strindbergs Kunst pathologisch zu nennen, jedoch weniger aus dem Grunde, weil er in Strindberg den großen Künstler sieht, der über dem Gegensatz von gesund und krank steht, sondern weil er Strindbergs Kunst als Ausdruck einer philosophischen Richtung ansieht. Es handelt sich also in Lieberts Buch nicht um eine Deutung der Dichtungen, sondern um eine Deutung des Strindbergischen Geistes als Ausdruck einer bestimmten Metaphysik.

Und diese Metaphysik ist gekennzeichnet nach Liebert durch den Glauben an die vollständige Sinnlosigkeit des Schicksals, die absolute Unfreiheit des Menschen, der kein Ich ist, sondern ein nicht vom eigenen Willen befreites Geschöpf des Weltwillens. Aus diesem Grundcharakter der Strindbergischen Metaphysik leitet Liebert ganz konsequent die Tatsache ab, daß die Strindbergischen Menschen ganz mechanisch, nicht organisch handeln und sprechen, daß sie mit ihrem Reden stets mit sich selbst im Widerspruch stehen und nur darin eins sind, daß sie sämtlich Sinnbilder der Sinnlosigkeit des Lebens sind. Dieser Grundgedanke wird nun in den verschiedensten Abwandlungen und unter vielleicht zu scharfer Betonung der modernen philosophischen Richtungen und ihrer Terminologie erörtert. So wird Strindbergs Kunst häufig „*naturalistisch*“ genannt, wo nur im philosophischen Sinne ein Naturalismus oder besser gesagt ein Determinismus, das heißt ein Glaube an die absolute Unfreiheit vorliegt. Wenn man aber Strindbergs Kunst naturalistischer nennt als die von

Hauptmann (S. 52) so vergißt man ganz, daß Hauptmanns Kunst nur in dem Sinne eigentlich naturalistisch genannt wird, daß man ihr das Erzeugen der Wirklichkeitsatmosphäre nachsagt.

Zweifellos jedoch hat die Liebertsche Konstruktion einer Strindberg-Metaphysik den Vorzug, dieses, was uns im einzelnen an Strindbergs Werken rätselhaft dünkt, zu einem sinnvollen Zusammenhang zusammenzuschließen. Auch das Fehlen jeglichen Humors bei Strindberg, nicht nur in seinen Werken, sondern auch in seinem Leben, sagt sich recht konsequent dem Liebertschen Strindberggebilde ein. Der Humor, der den Sieg der Freiheit über den Mechanismus der Materie beider verkündet, mußte Strindberg fehlen, da er nur an die dumpfe Materie, nicht an die Freiheit glaubte. Vielleicht aber war Strindberg doch eben deshalb der pathologische Mensch überhaupt, weil er von diesem Humor auch nicht eine Ahnung hatte. Während der gewöhnliche pathologische Mensch nur eine bestimmte fixe Idee hat, so war für Strindberg das Leben selbst in seiner Gesamtheit eine fixe Idee. Seine Werke sind der ersichtliche Ausdruck dieses unbeschränkt pathologischen Geistes; ob aber nicht aus dieser Charakteristik, die nicht im eigentlichen inneren Widerspruch zu Lieberts Anschauung steht, eine Beurteilung von Strindbergs Werken als Kunstwerke folgt, muß eben in einer Untersuchung über das nicht künstlerische, sondern philosophische bei Strindberg unerörtert bleiben. Als den Ausdruck einer zwiespältigen Zeit sieht Liebert selbst Strindberg an und als Sinnbild einer Ubergangsperiode. Zusätzlich spricht nichts mehr für die dichterische Gedretheit des Strindbergischen Gesamtwerkes, als die Tatsache, daß die einzelnen Züge seiner Dramen und Romane erst im Prisma einer philosophischen Konstruktion Gestalt gewinnen. Der unbestreitbare Vorzug einer Deutung des Widerspruchs bei Strindberg, mögen diese Widersprüche nun aus einem gleichsam methodisch-pathologischen Geisteszustand entspringen oder berechtigte Bestandteile einer nicht medizinisch zu bewertenden Kunst sein, ist Arthur Lieberts Interpretation zu eigen.

Für Einstein: Uns wird geschrieben: „In der Versammlung in der Philharmonie, auf der Einsteins Relativitätstheorie beleuchtet werden sollte, sind nicht nur gegen seine Theorie, sondern zum tiefsten Bedauern der Unterzeichneten Einwände gebäufiger Art auch gegen seine wissenschaftliche Persönlichkeit erhoben worden. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns an dieser Stelle über die beispiellos tiefe Gedankenarbeit näher zu äußern, die Einstein zu seiner Relativitätstheorie geführt hat; überraschende Erfolge sind bereits erzielt, die weitere Prüfung nach natürlicher Sache der künftigen Forschung bleiben. Dagegen möchten wir betonen, daß, auch abgesehen von Einsteins relativistischen Forschungen, seine sonstigen Arbeiten ihm einen unangänglichen Platz in der Geschichte unserer Wissenschaft sichern; dementsprechend kann sein Einfluß

auf das wissenschaftliche Leben nicht nur Berlins, sondern ganz Deutschlands kaum überschätzt werden.

Wer die Freude hat, Einstein näher zu stehen, weiß, daß er von niemand in der Achtung fremden geistigen Eigentums, in persönlicher Beisehrtheit und Abhängigkeit gegen Meßmann übertrifft wird. Es scheint uns eine Forderung der Gerechtigkeit, ungesäumt dieser unserer Heberzeugung Ausdruck zu geben, um so mehr, als dazu Dienstgebend keine Gelegenheit geboten wurde. gez. v. Laur. Ernst Rubens.“

Der neue Stern im Schwan. Wie durch ein Telegramm der Astronomische Zentralstelle in Kiel gemeldet wurde, hat der englische Astronom W. F. Denning im Sternbild des Schwans, vermutlich in der Nacht vom 21. zum 22. August, einen neuen Stern von auffälliger Helligkeit entdeckt, der zurzeit der 3. Größenklasse angehört und sich einen Grad nördlich des Sterns β im Schwan befindet. Er steht also ebenfalls sehr nahe weißlich vom Zenit, bei 19,8 h grader Aufsteigung und 53 Grad nördlicher Abweichung. Seit dem Erscheinen der glänzenden Nova Aquilae im Juni 1918 ist kein neuer Stern von solcher Helligkeit gefunden worden. Der neue Stern im Adler hatte während der ersten Tage seines Aufleuchtens sogar die Sterne 1. Größe an Helligkeit übertrifft; die beiden Konae (Neuen) stehen übrigens im gleichen Teil der Milchstraße, der sich gegenwärtig ebenfalls durch das Zenit hinzieht, wie ja überhaupt die meisten neuen Sterne innerhalb der Milchstraße aufleuchten.

Vor Jahrzehnten, vielleicht schon vor Jahrhunderten, hat in jenen entlegenen Sterngründen eine ungeheure Weltkatastrophe stattgefunden, von der wir durch das plötzliche Aufkommen eines bläulichen Nebelschleiers ganz unberührteten Sternes erst jetzt Kunde erhalten — so lange hat der, in jeder Sekunde 300 000 Kilometer dahinschießende Lichtstrahl gebraucht, um von dort bis zu uns zu gelangen. Abermals ist hier ein verheerendes, und nur in der großen Entfernung als leuchtender Punkt erscheinender Sonnenkörper aus den Augen gegangen, explodiert; es darf uns daher nicht wundern, wenn sein Licht um das Vielfache heller oder Tausenfache heller strahlt als vorher. Doch nicht der Zusammenstoß zweier Weltkörper, auch nicht das Eindringen einer Sonne in seine, eisalte Nebelmassen ist die Ursache einer solchen Katastrophe, sondern, nach Stenpel, allein der mächtige Gravitationsdruck, der sich in Wärme verwandelt und schließlich die plötzliche Perleuchtung des glühenden Welles bewirkt. So stürzen vor des Menschen Späheraugen alljährlich mehrere Sonnen an dem Scheinbar so friedlichen gelichteten Firmament jah in das Anknüpfen ihrer Entwicklung zurück, um den Kreislauf in endlosen Zeiträumen von neuem zu beginnen.

„*Haut*“ auf der Einheitsbahn. Eine Reingemietung von „*Haut*“ 1 Teil wurde unter der Regie des Direktors Odet auf der Bühne des Berliner Stadttheaters mit den einmütigen dekorativen Mitteln durchgeführt. Die gelante Bühne war als dreiteiliger gotischer Altar gefast, in dem durch Anbringung von ganz geringen dekorativen Veränderungen die jeweilige Veränderung des Schauspielers angedeutet war. Durch diese Umstellung der dekorativen Gestaltung war es möglich, den „*Haut*“ so klar zu bringen.

Die Saar-Grenzdifferenz.

Als die Saar-Abgrenzungskommission die Verwaltungsgrenzen abändern wollte, protestierte der deutsche Vertreter, schied aus und die Arbeiten wurden unterbrochen. In einem längeren Notenwechsel drohten die Alliierten schließlich, die Arbeit ohne deutschen Vertreter weiterzuführen. Die deutsche Regierung betont, auf Grund von Versailles Bestimmungen, die Verechtigung ihres Standpunktes und schlägt schiedsgerichtliche Lösung vor. Unter diesem Vorbehalt weist sie ihren Vertreter zur Wiederaufnahme der Arbeit an, protestiert aber gegen das einseitige Verbot, daß er keine Uniform tragen dürfe.

Die Schmuggelgrenze.

Zu dem Leitartikel in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 17. August ergreift jetzt das Reichsfinanzministerium das Wort. Ihm war dort eine gewisse Unbilligkeit vorgeworfen worden, durch die dem Reich erheblicher wirtschaftlicher und besonders finanzieller Schaden entstehe. Dazu sagt das Amt in einer Zuschrift an die P. P. A., daß im westfälischen Gebiet und an der westfälischen Grenze bereits eine merkliche Besserung der Zustände gelungen sei, obwohl es dort zeitweise besonders schlimm aussehe. Wenn die Dinge links des Rheins noch sehr im argen liegen, ist der Grund, wie der Verfasser des Artikels im „Vorwärts“ zutreffend hervorhebt, hauptsächlich in gewissen Schwierigkeiten zu suchen, die mit den in Folge der fremden Besatzung gegebenen Umständen zusammenhängen. Die Reichsfinanzverwaltung ist entschlossen, zielbewußt weiterzuarbeiten und auch dort Ordnung zu schaffen. Ein völliger Abschluß der Grenze würde ein ungeheures Aufgebot an Mannschaften nach russischem Muster erfordern, über das wir nicht verfügen, das wir auch nicht wollen. Militärwärter sind in erster Linie eingestellt worden, weil sie Anspruch auf vorzugsweise Berücksichtigung haben. Aber auch andere Leute sind, soweit sie geeignet erscheinen, in größerer Zahl angenommen.

Daß die Reichsfinanzverwaltung dabei eine Mitwirkung anderer Behörden ablehnt, hat seine guten Gründe. Bekanntlich beteiligt sich seit dem Kriege eine ganze Anzahl von Behörden und Organisationen — man zählte zeitweise an manchen Grenzstellen bis zu 15 — mit mehr oder weniger gleichen Zielen am Grenzschutzbienste. Gegen diese Überorganisation müßte Front gemacht werden, da sie die Einheitlichkeit der Dienstausführung vermissen läßt, zu dauernden Reibungen Anlaß gibt und einen Luxus darstellt, den wir uns nicht leisten können. An diesem Standpunkt muß konsequent festgehalten werden. Die Mitwirkung anderer Dienststellen innerhalb des ihnen gezogenen Rahmens ist ihr nicht nur erwünscht, sondern in der Reichsabgabenordnung gesetzlich festgelegt. Ebenso erwünscht ist ihr, wenn Gewerkschaften geeignete Mitglieder benennen, die bereit sind, in der Grenzschutzdienst zu tun. Die Entschädigung der Hilfsbeamten, die übrigens infolge der Prämien für erfolgreiche Tätigkeit nicht gar so ungenügend war, richtet sich künftig nach dem Reichsstatut für Lohnangestellte.

Das Rheinland und wir.

In der Kabinettssitzung am Dienstag berichtete der Reichsminister des Innern über seine Reise ins besetzte Gebiet. Er hob hervor, daß sich in den zahlreichen Besprechungen mit Angehörigen aller Parteien und Bevölkerungsschichten die kraftvolle Entscheidung ergeben habe, mit der die Bevölkerung an den Reich festhalte. Durch eine bewußte und tendenziöse Propaganda die Bevölkerung auf ihre nationalen Pflichten hinzuweisen, sei ungewöhnlich und werde von allen Kreisen und Parteien des besetzten Gebietes entschieden abgelehnt. Dagegen sei es von der größten Bedeutung, die hohe bodenständige deutsche Kultur des Rheinlandes zu fördern und dadurch den Zusammenhalt des Rheinlandes mit der deutschen Kultur zu stärken. Ueber die Wege habe er sich mit den Führern des Bildungswesens, der Kunst, des Sports und der Jugendpflege eingehend besprochen. Ferner wurde eine Reihe wirtschaftlicher Beschwerden, die dem Reichsminister gegenüber geltend gemacht wurden, den zuständigen Ministerien zur Veräußerung überwiehen. Endlich wurden die durch die starke Besetzung des Rheinlandes hervorgerufenen Beschwerden und die darüber mit der Interalliierten Kommission geführten Verhandlungen des Reichsministers erörtert.

Nach einer Koblenzer Meldung soll Minister Koch vorgeschlagen haben, für die Ententeoffiziere Dauerbaracken zu bauen, was günstig aufgenommen worden sei.

Der Minister hat sein Bedauern darüber geäußert, daß sich die deutschen Touristen von Wanderungen am Rhein jetzt abhalten lassen. Es sei gerade in der gegenwärtigen Zeit erwünscht, daß die deutschen Touristen so viel wie möglich am Rheine wandern. Ebenso hat es der Reichsminister als wünschenswert bezeichnet, daß so häufig wie möglich Kongresse und Versammlungen in rheinische Städte gelagt würden. (Verbürgt nach die Hochpreise daheim! Red.)

Eine Erklärung der polnischen Regierung.

Warschau, 20. August. (ZL.) Der Ostdienst wird von maßgebender Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die polnische Regierung den Ereignissen in Oberschlesien gegenüber ihre vollkommene Neutralität aufrechterhalte. Insbesondere denkt die polnische Regierung in keinerlei Weise daran, die aus eigenem Antrieb (?) entstandene Bewegung der ober-schlesischen Polen durch polnische Truppen zu unterstützen und vermahnt sich entschieden dagegen, als ob reguläre polnische Truppen die ober-schlesische Grenze überschritten und in den Kampf eingegriffen hätten. Die polnische Regierung bedauert die Ereignisse in Oberschlesien aus allgemeinen Gründen und stellt fest, daß ihre Feindschaft nicht Mittel zur Verfolgung sehen, um auf die Ereignisse in irgendeiner Weise einzuwirken.

Im Gegenjah zu dieser Erklärung wird den „P. P. A.“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt:

Polenherseits ist in Oberschlesien bekanntlich auf das entschlossenste bestritten worden, daß reguläres polnisches Militär an dem dortigen Zustand beteiligt sei. Korfanth mag es allerdings nicht, rundweg zu behaupten, daß die deutschen Meldungen über die Teilnahme polnischer Soldaten an den Kämpfen ganz und gar erlogen seien, sondern er erklärt, daß die in polnischer Uniform wahrgenommenen Kämpfer demobilisierte, aus Oberschlesien stammende Galliesoldaten seien. Diese Erklärung ist zu gesucht, als daß sie selbst bei leichtgläubigen Lesern Glauben erwecken könnte. Denn daß die polnischen Militärbehörden in einer Zeit, wo sie jeden Mann an der Front und im Hinterlande zur Ausbildung der Nachschube notwendig brauchen, Mannschaften entlassen, die, wie ihre Teilnahme am polnischen Aufstand bezeugt, noch militärverwendungsfähig sind, und auch offenbar vor dem Feind Verwendung finden können, klingt doch zu unwahrscheinlich. Außerdem ist reguläres Militär von einigen Hohen-Soldaten, die sich den Insurgenten angeschlossen haben, un schwer zu unterscheiden. Schließlich aber ist der polnische Generalstab die Behauptung des ober-schlesischen Polenführers selbst lägen. Die Kopenhagener „Rationalisten“ melden nämlich aus Warschau:

„Der polnische Generalstab erläßt eine Erklärung, wonach die polnischen Truppen in Oberschlesien nicht etwa

zur Besitzergreifung Oberschlesiens, sondern nur zum Schutze der bedrohten Bevölkerung eingerückt seien.“

Diese Erklärung des polnischen Generalstabes ist auch insofern noch interessant, als in ihr gegen die Interalliierte Kommission erhoben wird, daß sie nicht für ausreichenden Schutz des polnischen Teiles der Bevölkerung Sorge getragen hätte. Deshalb sei Polen seinen Bundesleuten selbst zu Hilfe gekommen. Angesichts der zahlreichen polnischen Ueberfälle auf deutsche Versammlungen in letzter Zeit ist dies eine leichtfertige Behauptung. Von der Entente aber muß unter allen Umständen erwartet werden, daß sie für die schweren Verletzungen des Versailler Vertrages durch das Einrücken polnischer Militärs in Oberschlesien ausreichende Sühne fordert und sich für eine den Umständen entsprechende Entschädigung der durch die polnischen Truppen an Leib und Gut geschädigten ober-schlesischen Grenzbesitzer einsetzt.

Ueber den Aufenthalt regulärer polnischer Truppen in Oberschlesien meldet neuerdings der „Oberschles. Kurier“:

„In Bienenhof bei Laurahütte, dicht an der Grenze, befindet sich reguläres polnisches Militär. Die polnischen Truppen stehen unter dem Kommando der Regimentskommandantur Armipolkei (Oberkommando des polnischen Heeres). Das Hauptquartier befindet sich in Barken bei Eichenau.“

Der Präsidentschaftskampf in Amerika.

Paris, 25. August. Nach einer Meldung der Information aus New York ist das Frauenstimmrecht nun bestätigt worden. Dadurch erhöht sich die Unsicherheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington soll Gouverneur Cox gegen die republikanische Partei die Anklage erhoben haben, sie habe bedeutende Summen sammelt, um die Präsidentschaft zu kaufen.

Groß-Berlin

Wie sieht man die Fahrpreise herab?

Ein nachahmendwertes Experiment.

Man soll nicht betrogen werden, aber immerhin können Dinge, die sich an einer Stelle als nützlich herausgestellt haben, auch für die Allgemeinheit günstig bewertet werden, wenn — ja, wenn man sich nicht auf die eigene Unfehlbarkeit eingeschworen hat, wo aber meist der Haken zu liegen scheint. In diesem besonderen Fall handelt es sich um die Herabsetzung der Straßenbahnfahrpreise, ein Thema, das den leitenden Berliner Stellen zunächst noch ziemlich fernliegt, das aber in absehbarer Zeit in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden dürfte. Die Sachlage ist kurz folgende:

In Kiel wurden vor einiger Zeit die Fahrpreise von der Straßenbahngesellschaft um 100 Proz. auf 60 Pf. erhöht. Die Folge war ein empfindlicher Rückgang des Verkehrs. Es kam nur eine Mehreinnahme von etwa 2 Proz. heraus. Nach diesem mißlungenen Experiment wollte die Verwaltung zu dem heute üblichen Mittel der Entlassungen greifen und kündigte 96 Straßenbahnern die Arbeit. Der Transportarbeiterverband setzte sich darauf mit der Stadt in Verbindung, über deren Kopf hinweg die Bahn die Fahrpreiserhöhung beschloss. Stadt und Organisation bräuteten jetzt auf eine Ermäßigung der Fahrpreise, und der Ratratrat setzte es durch, daß der Preis für einen Probemonat von 60 Pf. auf 50 Pf. herabgesetzt wurde. Die Stadt übernahm die Garantie für den etwaigen Verlust, während ihr andererseits die Hälfte des Ueberschusses zugute kommen sollte. Nach Ablauf des Probemonats konnte die Stadt über eine Einnahme von 27 218,88 Mark ausweisen, gleich 50 Proz. der Mehreinnahme, die durch die Herabsetzung des Fahrpreises erzielt worden war. Die Zahl der beförderten Personen stieg von 51 880 auf 68 416. Die nächste Folge war die Zurückziehung der Kündigung und eine Vollerhöhung von 60 Pf. den Monat für die Besatzung. Nach einem verlorengegangenen Streik! Immerhin ein ansehnlicher Erfolg. Vielleicht macht man das Kieler Experiment einmal in anderen Orten nach.

Ob man sich in Berlin diese Sache durch den Kopf gehen lassen wird? Wir glauben es nicht. Man hat ja das bequeme Argument: Berlin ist nicht Kiel, was kein Mensch ernsthaft bestreiten kann. Und dann geht es auch so...

Protektbewegung gegen die Mietsteuer.

Gegen die vom Reichsarbeitsministerium geplante Mietsteuer hat in der Mieterbewegung ein umfassender Protest eingesetzt, der am gestrigen Mittwoch abend durch eine Massenversammlung im Tempelhofer Saal eingeleitet wurde. Der Syndikus der Arbeitergemeinschaft der Groß-Berliner Mietervereine, Stadtverordneter Genosse Dr. Holz, wandte sich in längeren Ausführungen gegen den Plan, die zur Förderung der Bautätigkeit notwendigen Zuschüsse einseitig durch die Mieterschaft aufbringen zu lassen.

Es handelte sich hier um eine Verpflichtung des Reiches, zu der die Volksgemeinschaft herangezogen werden müsse, nicht aber die jetzt schon durch die Erhöhung der Mieten und Heizungskosten wirtschaftlich außerordentlich geschwächte Mieterschaft. Die Mietsteuer würde in erster Linie die Arbeiterschaft und vor allem den gesamten südlichen Mittelstand belasten, während die kapitalstärkeren Kreise frei bleiben würden. Es sei auch ganz ausgeschlossen, aus einer solchen Steuer die notwendigen Kapitalien für eine wirksame Förderung der Bautätigkeit herauszuholen. Leider zeigte sich bei den Vorbereitungen im Ausschuss des Reichsarbeitsministeriums, daß der Einfluß der privaten Bauinteressen auch einzelne Führer der Bauarbeiterschaft zur Unterstützung des Projekts bewegen haben. Von der Sozialdemokratie müsse verlangt werden, daß sie ihren Einfluß im Interesse der Mieterschaft auf die Gewerkschaften ausbreite. Am bedenklichsten sei die Begründung des Entwurfs, denn aus ihr ergab sich die Absicht des Reichsarbeitsministeriums, den dringend notwendigen Mieterschutz abzuhauen. Der im Arbeitsministerium vorbereitete Entwurf eines Reichsmietengesetzes sei außerordentlich bedenklich und müsse den schärfsten Protest bei der Mieterschaft auslösen. Die im Bund deutscher Mietervereine zusammengeschlossene Mieterschaft werde in ganz Deutschland ihre Stimme erheben, um die politischen Parteien zu zwingen, die Mieterschaft, die 60 Proz. der deutschen Bevölkerung ausmacht, gegen die Verwirklichung solcher gesetzgeberischen Pläne zu schützen, wie sie jetzt im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet worden sind.

Nach kurzer Aussprache, in der die örtlichen Führer der Sozialdemokratischen und der Demokratischen Partei sich zur Bekämpfung der Mietsteuer verpflichteten, wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Entschließung einstimmig angenommen. — In den nächsten Tagen werden in allen Orten Groß-Berlins und ganz Deutschlands ähnliche Protestversammlungen veranstaltet werden.

Für Oberschlesien!

In ober-schlesischen Kreisen wird folgender Aufruf verbreitet: „Die Sorge um Oberschlesien ist sehr ernst. Behält der Pole weiter die Möglichkeit, in den Landbezirken unbeschränkten Terror auszuüben, sieht die Entente weiter untätig zu, so droht Oberschlesien das Schicksal der Provinz Polen. Die eingeschüchterte Bevölkerung wird glatt überromt. Nicht nur die Oberschlesier im Reich, auch die Bevölkerung Groß-Berlins will der

wachsenden Unruhe über die Vorgänge in Oberschlesien durch einen machtvollen Protest Ausdruck geben. — Am Sonntag, den 20. August, nachmittags 3 Uhr, wird

im Lustgarten eine große Massenversammlung

stattfinden, bei der Berichterstatter aus Oberschlesien sowie Redner aller Parteien sprechen werden. Kommt alle, die ihr ein Herz habt für das bedrängte Oberschlesien, ebenso alle, die ihr die Bedeutung Oberschlesiens für Wirtschaftsleben und Arbeiterkraft Deutschlands lennt.“

Ein Ausschankverbot im Grunewald.

Der Verband Groß-Berlin hat im Grunewald, der ihm gehört, den Förstereien Wannsee, Saubucht und Sigmund den bisher von ihnen betriebenen Getränkeaus-schank vom 1. September ab untersagt. Sie haben nur alkoholfreie Getränke ausgeschänkt, aber auch das ist von den Gastwirten, die im Grunewald ihre Wirtschaften haben, als ungewohnter Wettbewerb empfunden worden.

Auf Betreiben der Gastwirtorganisation hat die Verbandsleitung sich zu dem Vorhaben gegen die Förstereien entschlossen, wobei sie von der Ermüdung ausging, daß die Gastwirte eine Pacht zahlen müssen, die nachteilig auf den Betrieb der Förstereien einwirkt. Die Gastwirte sind in dieser Frage die Mächtigsten, auf den Verdienst der Försterei und der Förster, sondern auf das Erziehungsergebnis der den Grunewald aufsuchenden Bevölkerung den Ausschlag geben müßte.

An zuständiger Stelle wird uns gesagt, das Ausschankverbot sei nicht dahin aufzufassen, daß nun an den betreffenden Stellen überhaupt kein Ausschank mehr gebudelt werden soll. Mindestens bei der einsam gelegenen Försterei Saubucht werde man wohl den Ausschank wieder zulassen, aber freilich nur noch gegen eine an den Verband Groß-Berlin zu zahlende Pacht. Da begriffen wir nicht, warum der Verband es mit seinem Vorgehen gegen die Förstereien plötzlich so sehr eilig hatte. Warum hat er zum Schaden der Kussfüßler das Ausschankverbot vor Regelung der Pachtfrage erlassen?

Wir sind der Ansicht, daß dieses vorläufige Ausschankverbot schleunigst aufgehoben werden muß. Ist der nachteilige Ausschank bisher zu ertragen gewesen, so wird dieser Zustand auch noch ein paar Wochen länger dauern können, bis die Pachtfrage geregelt ist.

Die Flucht aus der Kirche.

Die Kirchenaustrittsbewegung, die in den Kriegsjahren fast zum Stillstand gekommen war, hat durch die Revolution einen neuen und sehr kräftigen Auftrieb erhalten. Aus der evangelischen Kirche sind in Berlin im Jahre 1919, für das jetzt eine amtliche Zusammenstellung der Austrittserklärungen bekannt wird, 41 438 Personen ausgetreten. Hiermit vergleiche man, daß Berlin in den Jahren 1912 und 1913, den beiden letzten vor dem Kriege, nur 4652 und 4927 Austritte aus der evangelischen Kirche hatte. Selbst für die Jahre 1908 und 1909, die eine damals ungewöhnlich hohe Zahl von Austrittserklärungen ergaben, brauchte die evangelische Kirche sich nicht mehr als 8299 und 8558 Berliner Austritte zu hüten. Die Austrittsbewegung hat in Berlin erst seit 1908 nennenswerte Erfolge gehabt, die sich anstiegen, aber dann wieder nachließen. Aus der evangelischen Kirche traten hier aus in den Jahren 1901—05 nur 162, 226, 249, 253, 653 Personen, in 1906—13 aber 3274, 3510, 3298, 3358, 3389, 3260, 4052, 4927 Personen. Was dann in den Kriegsjahren verstimmt wurde, ist durch die 41 438 Austritte des Jahres 1919 ausgeglichen und weit überholt worden.

Wirtschaftliche Forderungen der Sipo.

Eine Kollierungsaktion der Sipo-Gruppe Berlin des Wirtschafterverbandes der Sipo-Beamten nahm eine Resolution an, in der u. a. gefordert wurde: Umgehende Aufbesserung der jetzigen Bezüge. Klare und bestimmte Auskunft über Anstellung und Beförderung. Was die innere Lage der Sipo-Beamten betrifft: Keine weitere Einstellung von Offizieren in die Ober-Beamtenstellen, ehe sie nicht ausreichende polizeiliche Kenntnisse besitzen. In die neu aufzustellenden Gruppen müssen für die Ober-Beamtenstellen in erster Linie diejenigen Ober- und Unterbeamten verwendet werden, die seit mehr als einem Jahre in der Sipo tätig sind und sich im Polizeidienst bewährt haben. Sofortiges Einsetzen von Beamtenauschüssen. Verringerung des in der Sipo bestehenden Vorratensystems. Bessere ärztliche Behandlung der Beamten und deren Familien.

Die Versammlung erwartet von der preussischen Regierung, daß sie unverszüglich Schritte unternimmt, um die Forderungen in die Tat umzusetzen.

Postwertzeichen zu 2, 2½, 3 und 7½ Pf., die sich noch in den Händen des Publikums befinden, können nach wie vor bis zu ihrem Aufbrauch zum Ergänzen der Freigebühr von Postkarten mit eingedrucktem Wertstempel zu 7½ Pf. benutzt werden. Die Frist, bis zu der hierfür nicht benutzte Marken dieser Art an den Postämtern gegen andere Wertzeichen — ohne Erlegung einer besonderen Gebühr — umgetauscht werden dürfen, wird bis zum 15. September verlängert. Nach dem 15. September verlieren die genannten Marken ihre Gültigkeit, soweit sie nicht als Zulagegebühr bei Postkarten mit eingedrucktem Wertstempel zu 7½ Pf. verwendet werden.

Arbeitslosenunterstützung für Jubälter. Wegen Jubälterei, Vertrags und schwerer Körperverletzung verhaftet wurde der 29 Jahre alte „Wächter“ Bruno Weigelt aus der Holzgr. Str. 42. Weigelt, ein gewalttätiger und arbeitscheuer Mensch, lebte von dem Weibe, das seine eigene Frau und andere Mädchen „verdient“. Wenn seine Frau ihm nicht wenigstens 100 M. täglich abliefernte, so mißhandelte er sie auf die grösste Weise. Obwohl er selbst schon seit 10 Monaten die Erwerbslosenunterstützung bezog, machte er jetzt auch noch den Versuch, die Unterstützung für seine Frau zu erhalten. Außerdem ließ er sich die Unterstützung noch für einen Freund, der unter falschem Namen arbeitete, ausgeben.

Weil er zur See wollte, war der 14 Jahre alte Kaufmannslehrling Paul S. seiner Mutter aus Ebing durch-geschickt. Der Ausreißer wurde jedoch in Neuwied am Rhein aufgegriffen und von der Mutter abgeholt. Als sie nun mit ihrem adreuerlustigen Sohne in Berlin auf dem Stettiner Bahnhof auf die Abfahrt des Junes wartete, lief ihr dieser wieder davon. Jetzt wird der Ausreißer erneut gesucht. Er ist 1,60 Meter groß, hat dunkles Haar und dunkle Augen und trägt einen dunkelblauen Jackettanzug, Mütze und schwarze Schnürschuhe.

Den Tod im Wasser suchte und fand gestern mittag der 44 Jahre alte Chorleiter Leon Hördorf aus der Wändelberger Str. 25. Der Mann sprang am Schöneberger Ufer, in der Nähe der Heidebühne in den Landwehrkanal. Der Vorgang wurde von in der Nähe beim Untergrundbahnbau beschäftigten Arbeitern gesehen. Diese machten sich sofort an die Rettung des Lebensmüden. Als es ihnen gelang, den Lebensmüden aus dem Wasser zu ziehen, war er jedoch, wie der Arzt der Rettungswache feststellte, bereits tot.

Wohlfühlstahl. Aus einem in der Sackenvorhalle in Steglitz befindlichen Lager der Expeditionsfirma Kopania wurden nachts durch Einbruch außer Kleidungsstücken, Werten und Wertgegenständen, Wäbelen, Pelzfächer, 1 Herrenfahrrad (Abler, Halbrenner) und 2 Klaviere gestohlen. An dem Diebstahl sind drei Männer beteiligt, die die Sachen auf einem mit einem braunen, mageren Pferde bespannten Gardinenwagen in der Richtung der Giesmarstraße abgehahren haben. Die Eigentümer der Sachen sind insofern schwer geschädigt, als die Expeditionsfirma eine Versicherung der Sachen vertraglich nicht übernommen hatte. Unter Zustimmung einer hohen Behörde bittet die Kriminalpolizei Berlin-Steglitz eventuell um entsprechende Mitteilungen, die zur Auffindung der gestohlenen Sachen und der Täter führen können.

